

Kurzanalyse

08. Februar 2024

Zum aktuellen Arbeitsmarktbericht NRW Januar 2024

von Jürgen Aust

Trotz weiterhin steigender Arbeitslosenzahlen leistet die neoliberal- und kapitalorientierte Arbeitsmarktpolitik nahezu einen Offenbarungseid, wenn sie in den monatlichen Arbeitsmarktberichten der Öffentlichkeit die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu erklären versucht. Dann müssen entweder der "verhaltene Start der Herbstbelebung" oder die Wintermonate dafür herhalten, dass zigtausende von Menschen nicht nur ihren Arbeitsplatz verlieren, sondern aufgrund der völlig unzureichenden Sozialleistungen, ob mit Arbeitslosengeld des SGB III oder mit Bürgergeld des SGB II, in finanzielle Notlagen gestürzt werden. Gleichwohl wird die herrschende Politik nicht müde zu behaupten, der Arbeitsmarkt zeige sich trotz abnehmender wirtschaftlicher Konjunktur "beständig" oder "robust", obwohl auch im Januar 2024 die **tatsächliche Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit in NRW mit 955.298 Tsd. Personen** in einem Bereich liegt, der auch nicht ansatzweise Anlass zur Euphorie geben sollte. Denn damit liegt die tatsächliche Arbeitslosigkeit um **29.206** arbeitslosen Menschen höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Dies veranlasst die neoliberalen Akteure der NRW-Arbeitsmarktpolitik jedoch in keiner Weise, entschiedene Maßnahmen für eine deutliche Kursänderung zu ergreifen. Im Gegenteil, sie verbreiten auch weiterhin Durchhalteparolen und einen unbegründeten Zweckoptimismus, wenn der Vorsitzende der Geschäftsführung, Roland Schüßler, zu den aktuellen Arbeitslosenzahlen zwar einräumt, dass "deutlich weniger Menschen eine neue Arbeit" fänden, um dann aber wieder in den Erfolgsmodus zu wechseln und mit stolzer Brust verkündet, dass "die Dynamik am Arbeitsmarkt" im Januar jedoch wieder zulegen, was auch immer das heißen mag. Man könnte schon fast von Realitätsverweigerung sprechen, aber es gehört erfahrungsgemäß zur neoliberalen Propaganda, schlechte Verhältnisse schönzureden, um die deutsche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im europäischen Kontext weiterhin als vorbildlich und erfolgreich darzustellen.

Kurzanalyse

Ebenso verbleiben die **Langzeitarbeitslosigkeit** und die Zahl der Menschen, die gezwungen sind, von völlig unzureichenden "Bürgergeld"-Sätzen zu leben (aktuell mehr als 1,5 Mio. in NRW), nach wie vor auf einem erschreckend hohen Niveau. So ist die Teilnehmerzahl beim Projekt "Teilhabe am Arbeitsmarkt" sogar zurückgegangen, während der sog. "Abgang" in Erwerbstätigkeit nur 12.122 Personen von 508.598 Tsd. im SGB II-System registrierten arbeitslosen Menschen ausweist und damit sich lediglich ca. 2,3 % (!) in die Erwerbstätigkeit abmelden. Und dabei heißt es doch so schön in nahezu allen Stellungnahmen der Arbeitsagentur, dass der Arbeitsmarkt sich weiter "robust" gezeigt habe. Ja, stabil im Interesse der NRW-Großkonzerne, deren Gewinne nahezu explodieren, aber desolat, wenn man die zunehmende Verarmung zum Maßstab machen würde.

Zu den Zahlen im einzelnen:

Die **offiziell registrierte Arbeitslosigkeit** wird demgegenüber mit lediglich **741.269 Personen** angegeben, während **damit 213.336 (!) Personen unterschlagen** werden, weil sie nach neoliberaler Terminologie nicht zu den "Arbeitslosen" gerechnet werden. Diese unterschlagene Zahl setzt sich im einzelnen aus 177.589 Personen im SGB II-Bezug ("Bürgergeld") und 36.748 Personen im SGB III-Bezug (ALG 1) zusammen. Sie befinden sich entweder in sog. Trainings- oder Weiterbildungs-Maßnahmen, gehören zu Alleinerziehenden oder sind kurzfristig arbeitsunfähig erkrankt. Alle von ihnen sind zwar bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern arbeitslos gemeldet, werden aber zur Bereinigung der Statistik als arbeits- bzw. erwerbslose Menschen nicht berücksichtigt. Die neoliberale Arbeitsmarktpolitik hat dafür den vernebelnden Begriff der "Unterbeschäftigung" erfunden.

Der Anstieg der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit um 36.126 Personen seit Januar 2023 beruht allerdings zu einem nicht geringen Teil darauf, dass zum Stichtag (16. Januar) in NRW ca. 43.156 aus der **Ukraine** geflüchtete Menschen arbeitslos gemeldet waren. Da diese seit dem 01.06.22 von den Jobcentern erfasst und damit SGB II-leistungsberechtigt sind, waren ca. 146.000 Leistungsanträge für Menschen mit ukrainischer

Kurzanalyse

Staatsangehörigkeit bei den Jobcentern abgegeben worden. Darunter fast ca. 46.000 Kinder und Jugendliche.

Von den offiziell registrierten Personen sind 406.861 Männer (54,8%) und 335.101 Frauen (45,2%). 60.768 als arbeitslos registrierte Personen sind zwischen 15 bis unter 25 Jahre alt. 250.157 (33,7%) sind älter als 50 Jahre. Und obwohl "Ausländer" (offizielle Kategorie) an der Gesamtbevölkerung nur ca. 12% ausmachen, liegt ihr Anteil mit 40% (296.429) weit über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Die relativ hohe Differenz von 17.856 Personen im Vergleich zum Januar 2023 beruht, wie bereits ausgeführt, hauptsächlich auf dem Zuzug von ukrainischen Flüchtlingen, denen im Verhältnis zu allen anderen (Kriegs-)Flüchtlingen ein sofortiger SGB II-Leistungsanspruch eingeräumt wurde.

Auch die **Langzeitarbeitslosigkeit liegt mit 303.609 Personen** um 15.117 höher als im Januar 2023 und nach wie vor auf einem mehr als hohen Niveau. Trotz eines vor ca. drei Jahren vollmundig propagierten Programms zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ("Teilhabe am Arbeitsmarkt") sind von diesem arbeitsmarktpolitischen Instrument in NRW aktuell gerade einmal 11.663(!) Personen (1024 weniger als im Januar 2023) in einem geförderten und sozialversicherten Arbeitsverhältnis (jedoch ohne Arbeitslosenversicherung!), also nur ca. 4,5 % der Menschen, die dringend in den Arbeitsprozess integriert werden müssten.

Im Gegensatz zur offiziellen Propaganda, die den Eindruck erzeugt, die Arbeitsmarktpolitik tue alles, um die arbeitslosen Menschen zu fördern (O-Ton: "Die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sehe ich als zentralen Schlüssel für den Arbeitsmarkt der nahen Zukunft"), sprechen die Zahlen eine deutlich andere Sprache. Obwohl **von den arbeitslosen Menschen im Bürgergeld-Bezug ca. 65% (!) ohne berufsqualifizierenden Abschluss sind, erhalten nach aktuellem Stand lediglich 14.405 von ihnen eine berufliche Weiterbildung, also gerade einmal ca. 3% (!)** werden beruflich gefördert. Deutlicher kann sich die neoliberale Propaganda eigentlich nicht selbst entlarven.

Bei der arbeitsmarktpolitischen Förderung ("Weiterbildung") springt insbesondere ins Auge, dass die Arbeitslosen, die ALG I beziehen, eine

Kurzanalyse

erheblich qualifiziertere und kostenaufwändigere Förderung erhalten, als die im SGB II-System erfassten Personen. **Während von 27.098 ALG I-Leistungsbeziehenden (diese Zahl erfasst Personen, die "nah" am Arbeitslosenstatus sind) 19.360 Personen, also ca. 70 % an einer beruflichen und abschlussbezogenen Weiterbildung teilnehmen, sind es bei den "Bürgergeld"-Beziehenden lediglich ca. 13 % (14.978 von 117.087 Personen, die nach neoliberaler Lesart "nah" am Arbeitslosenstatus sind),** was das Zwei-Klassensystem in der Arbeitsförderung mehr als deutlich zum Ausdruck bringt. Und obwohl doch von der Förderung gerade diejenigen profitieren sollten, die besonders darauf angewiesen sind: Menschen ohne Hauptschul- bzw. berufsqualifizierenden Abschluss.

Die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** in NRW nahm im November 2023 (letzter statistisch erfasster Monat) wieder leicht zu und betrug **7.384.400 Mio.** Personen, wovon allein ca. 30 % (ca. 2.13 Mio.) in Teilzeit arbeiten. Dass jedoch selbst eine sozialversicherte Beschäftigung seit vielen Jahren häufig nicht mehr zur Finanzierung des Lebensbedarfs reicht, kommt sehr deutlich bei den im Bürgergeld-System erfassten Menschen zum Ausdruck: **von 220.402 Menschen mit aufstockenden Leistungen** arbeiten gerade einmal 99.999 sozialversicherungspflichtig, wovon **lediglich 22.044 in Vollzeit** und **83.741** im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung arbeiten (Faktencheck des DGB NRW Stand September 2023).

Die regelmäßig von der offiziellen Berichterstattung nahezu unterschlagenen Menschen **im Bürgergeld-Bezug** werden mit **1.127.872 Mio.** Personen angegeben, was der Zahl der sog. "erwerbsfähigen Leistungsberechtigten" entspricht. Auch hier hat die Leistungsberechtigung der Ukraine-Flüchtlinge dazu geführt, dass diese Zahl seit Januar 2023 um 18.123 Menschen gestiegen ist. Hinzu kommen noch die **Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren** mit **449.201 Personen**, so dass in NRW **mehr als ca. 1,5 Mio.** Menschen registriert und damit gezwungen sind, von die Armut Monat für Monat befördernden Sozialleistungen zu leben. Zu diesen Zahlen verliert der gesamte Arbeitsmarktbericht wie in den Vormonaten kein einziges Wort!

Schließlich:

Kurzanalyse

nach wie vor hält die neoliberale Arbeitsmarktpolitik an den menschenunwürdigen sog. **Arbeitsgelegenheiten**, also **1-Euro-Jobs**, fest. Diese enthalten keine normalen arbeitsvertraglichen Rechtsansprüche und sind mit einer nahezu sklavenartigen Lohnhöhe von maximal 2 Euro je Stunde verbunden, die allerdings anrechnungsfrei sind. In **NRW** machen sie **aktuell 13.954** "Maßnahmen" aus, während das **Programm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ("Teilhabe am Arbeitsmarkt") gerade einmal 11.934 Personen** erfasst hat und selbst diese geringe Teilnehmer*innen-Zahl Monat für Monat abnimmt. Auch an dieser eklatanten Schieflage soll nach wie vor nichts geändert werden. Der wesentliche Grund für die hartnäckige Beibehaltung von 1-Euro-Jobs liegt darin, dass sie für die Arbeitsverwaltung bzw. Jobcenter erheblich billiger sind, als wenn, wie im Programm "Teilhabe am Arbeitsmarkt", zu 100% sozialversicherte Arbeitsverhältnisse gefördert werden, also die Unternehmen von der Lohnzahlung im ersten Jahr völlig und in den Folgejahren stufenweise befreit sind.

Soweit zu den wesentlichen Fakten der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Situation in NRW im Januar 2024.

Solidarische Grüße
Jürgen